

Geschäftsstelle der UOKG

Rot-rotes Bündnis Affront gegenüber DDR-Opfern

Berlin, 6. November 2009

Verbittert und mit großer Besorgnis mussten wir Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft zur Kenntnis nehmen, dass sich der Brandenburger Ministerpräsident Matthias Platzeck zum Steigbügelhalter der Partei der Mauermörder degradieren ließ. Zwanzig Jahre nachdem sich die Bevölkerung der DDR von SED- und Stasi-Diktatur befreite, öffnen die Sozialdemokraten der in DIE LINKE umbenannten SED erneut die Tür zur Macht in Brandenburg, einer Partei, in der frühere Stasi-Spitzel, SED-Altkaeder und Verharmloser des Unrechtssystems der DDR das Sagen haben.

Selbst wenn die Linkspartei zwanzig Jahre Demokratie in Brandenburg nicht umkehren kann, befürchten wir doch, dass durch ihren Regierungseintritt sowohl die Aufklärung über die diktatorischen Verhältnisse in der DDR behindert wird als auch die neugeschaffene Stelle des Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen in Brandenburg geschwächt wird.

Nachdem die SPD ohne Not die Zusammenarbeit mit der CDU zugunsten einer Koalition mit den Honeckererben aufgekündigt hat, haben wir kein Vertrauen, dass sich Herr Platzeck und seine Genossen für eine Fortentwicklung der Demokratie in Brandenburg einsetzen werden. Die besonders in Brandenburg auffällig gewordenen Stasileute bei der Polizei und im weiteren öffentlichen Dienst haben jetzt eine noch größere Lobby in der Landesregierung, als sie es ohnehin schon hatten.

Am 20. Jahrestag des Mauerfalls, 9. November um 18.00 Uhr, werden wir Opfer mit einer Kerzendemonstration vor dem ehemaligen Untersuchungsgefängnis in der Lindenstraße in Potsdam unseren Protest gegen das rot-rote Bündnis öffentlich manifestieren.

Rainer Wagner
UOKG-Bundesvorsitzender